

## Kommunale Verpackungssteuern nicht zielführend

### *Positionspapier zur Diskussion über die Einführung kommunaler Verpackungssteuern* 22. Januar 2025

Seit Anfang 2022 gilt in Tübingen eine kommunale Verpackungssteuer. Die Höhe der Steuer beträgt je 50 Cent für Einweggeschirr und Einwegverpackungen sowie 20 Cent pro Einwegbesteckset, sowohl für den unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle als auch für Take-away-Gerichte oder -Getränke.

Das Bundesverfassungsgericht hat die kommunale Verpackungssteuer in seiner Entscheidung vom 22. Januar 2025 als grundsätzlich verfassungskonform erklärt. In vielen Städten wird derzeit intensiv und auch kontrovers über die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer diskutiert. **Zu dieser Debatte möchten wir als betroffene Wirtschaft sachlich und faktenbasiert beitragen.** Nachfolgend erörtern wir die folgenden Aspekte der Steuer:

1. Kommunale Verpackungssteuer führt zu erheblichem bürokratischem Aufwand für Wirtschaft und Kommunen
2. Kommunale Verpackungssteuer führt zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen Kommunen und Betrieben
3. Kommunale Verpackungssteuer bedeutet unverhältnismäßige Belastung der Betriebe
4. Kommunale Verpackungssteuer führt nicht zu reduziertem Müllaufkommen
5. Ökologischer Vorteil von Mehrweg nicht belegbar
6. Für Einwegverpackungen für den Außer-Haus Bereich müssen keine Wälder sterben
7. Beträchtliche Hygienische Herausforderungen
8. Preiserhöhungen führen zu Konsumverlagerungen und belasten einkommensschwächere Haushalte
9. Über uns

## **1. Kommunale Verpackungssteuer führt zu erheblichem bürokratischem Aufwand für Wirtschaft und Kommunen**

Die überregional tätigen Unternehmen benötigen bundesweit einheitliche Regelungen für den Umgang mit Verpackungen. Die Erhebung kommunaler Verpackungssteuern ist nicht der richtige Weg. Individuelle kommunale Insellösungen sind für die Betriebe kaum umsetzbar, da die Buchung und Dokumentation der Steuern komplex ist und erheblichen Mehraufwand bedeutet. Eine zentrale Einbuchung in die Kassensysteme, wie sie z. B. bei bundesweit einheitlichen Vorgaben wie der Mehrwertsteuer möglich ist, ist bei kommunalen Insellösungen mit unterschiedlichen Steuergegenständen, Steuerhöhen und Steuermodellen nicht umsetzbar. Die kommunale Verpackungssteuer ist somit im Lichte des allseits geforderten Bürokratieabbaus ein grundlegend falscher Weg.

Gleichzeitig ist die Einführung kommunaler Verpackungssteuern auch mit einem erheblichen Aufwand für die betroffenen Kommunen verbunden. Um das Prinzip der Steuergerechtigkeit nicht zu verletzen, müssen sämtliche steuerpflichtige Betriebe ermittelt werden. Also alle Systemgastronomen, Supermärkte, Dönerbuden, Tankstellen, Cafés, Bäckereien, Imbisse, Kioske, Pizzerien, Eisdielen, Automatenbetreiber und andere. Angaben, die von den gastronomischen Betrieben als Grundlage der Erstellung von Steuerbescheiden an die Verwaltung übermittelt werden, müssen überprüft werden, um Fehlangaben zu vermeiden. Durch engmaschige Kontrollen müssen die Kommunen sicherstellen, dass die Steuer vor Ort auch tatsächlich ordnungsgemäß erhoben wird. Andernfalls drohen Trittbrettfahrer-Effekte und eine Ungleichheit der Besteuerung.

Sowohl für die Kommunen als auch die betroffenen Unternehmen bedeutet die Einführung kommunaler Verpackungssteuern eine erhebliche Erhöhung des bürokratischen Aufwands. Dies widerspricht dem Ziel, Deutschland insgesamt von überbordender Bürokratie zu entlasten.

Zudem legen erste Studienergebnisse nahe, dass die durch die kommunale Verpackungssteuer intendierte Lenkungswirkung „weniger Verpackungsabfälle“ nicht erreicht wird.

Der Vollzugsaufwand der kommunalen Verpackungssteuern ist daher erheblich und mit Blick auf den Nutzen, der durch die Verpackungssteuern entstehen soll, bestehen massive Zweifel an der Verhältnismäßigkeit.

## **2. Kommunale Verpackungssteuer führt zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen Kommunen und Betrieben**

Die Erfahrungen mit der seit Januar 2023 geltenden Mehrwegangebotspflicht für Take-Away-Speisen und -Getränke, die seit dem 1. Januar 2023 gilt, zeigen: die Gäste machen – trotz gewährter Preisvorteile für Mehrweg – von der Möglichkeit zur Verwendung einer Mehrwegalternative kaum Gebrauch. In der Praxis verwenden Gäste weiterhin die etablierten Verpackungsformate. Kommunale Verpackungssteuern verteuern Speisen und Getränke und führen durch hohe Pfandbeträge für Mehrwegbehältnisse zu einem Rückgang von Spontankäufen.

Wir gehen davon aus, dass eine kommunale Verpackungssteuer statt der erhofften Lenkungswirkung hin zu Mehrwegverpackungen zu Ausweicheffekten hin zu anderen Städten und Kommunen ohne Verpackungssteuer führen wird – zu Lasten der lokalen Gastronomie. Dies führt wiederum zu einem Rückgang an Gewerbesteuererträgen für die von den Verpackungssteuern betroffenen Kommunen.

### 3. Kommunale Verpackungssteuer bedeutet unverhältnismäßige Belastung der Betriebe

Die Gastronomie ist seit einigen Jahren erheblichen wirtschaftlichen Belastungen ausgesetzt. Viele Betriebe haben sich bis heute noch nicht von den Folgen der Corona-Pandemie erholt. Personalkosten steigen, Energiepreise explodieren. Die politisch schon zugesagte dauerhafte Mehrwertsteuersenkung fiel den Sparmaßnahmen im Haushalt zum Opfer. Darüber hinaus könnten zukünftig auch noch weitere kommunale Verpackungssteuern anfallen.

Gastronomische Betriebe sind nach dem Verpackungsgesetz verpflichtet, Gelder an die dualen Systeme für das Sammeln, Sortieren und Recyceln ihrer Verpackungen zu entrichten. Darüber hinaus trägt die Wirtschaft seit Anfang 2024 die Kosten für Reinigungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen von Einwegverpackungen aus Kunststoff und mit Kunststoff beschichteten Papierverpackungen nach dem Einwegkunststofffondsgesetz. Bei der Erarbeitung des Einwegkunststofffonds wurden auf wissenschaftlicher Grundlage Abgabensätze entwickelt, die sich am realen Aufwand der Kommunen bei der Abfallbewirtschaftung im öffentlichen Raum orientieren. Auf diese Kostenlawine sind nun in Tübingen und Konstanz noch kommunale Verpackungssteuern hinzugekommen.

Die meisten der gemäß der Tübinger und Konstanzer Satzungen besteuerten Verpackungen werden auch im Einwegkunststofffonds erfasst, also doppelt belastet. Zur Doppelbelastung hinzu kommt, dass die Kostensätze der Tübinger und Konstanzer Steuern um ein Vielfaches höher sind als die Sätze des Einwegkunststofffonds. Nicht nachvollziehbar ist, wie die Höhe der Verpackungssteuer ermittelt wurde. Zudem zeigen die aktuellen Diskussionen in den Kommunen, dass sich die Kommunen, die die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer erwägen, am Tübinger Modell orientieren werden.

Was oft übersehen wird: Kommt es zu Preiserhöhungen durch die Einführung kommunaler Verpackungssteuern, fehlen den Gästen Mittel für anderweitige Ausgaben im Portemonnaie. Die Steuer entzieht der Region folglich Kaufkraft.

Die kommunale Verpackungssteuer ist nicht verhältnismäßig und trägt in der aktuell angespannten wirtschaftlichen Lage zu einem weiteren Anstieg der Inflation bei.

### 4. Kommunale Verpackungssteuer führt nicht zu reduziertem Müllaufkommen

Erste Untersuchungen zeigen, dass die kommunale Verpackungssteuer das Abfallaufkommen in öffentlichen Abfallbehältern in Tübingen nicht reduziert hat, obwohl dies das erklärte Ziel war. Das legt die Untersuchung von Stefan Moderau vom Lehrstuhl für International Business Taxation der Universität Tübingen nahe.<sup>1</sup>

Die Verpackungssteuer erfüllt somit nicht ihre ökologischen Ziele, sondern stellt hauptsächlich eine Erhöhung der Steuereinnahmen dar, die die örtliche Gastronomie und deren Gäste belastet. Es ist zu befürchten, dass viele Gäste nicht von den verteuerten Speisen und Getränken in Einwegverpackungen auf Mehrwegverpackungen wechseln, sondern ihren Konsum weitgehend einschränken oder verlagern. Das geht nicht nur zu Lasten gesellschaftlicher Teilhabe, sondern auch zu Lasten der lokalen Gastronomie.

Eine solche Reduktion bzw. Verlagerung des Konsums ist durch die gestiegenen Preise in der Gastronomie bereits heute zu beobachten: Während die Gästezahlen in der Gastronomie stark rückläufig sind, steigt besonders die Anzahl der im Lebensmitteleinzelhandel verkauften Convenience-Produkte bei Lebensmitteln und Getränken deutlich an. **Dadurch entstehen in Summe nicht weniger Verpackungsabfälle, diese fallen lediglich an anderer Stelle an.**

---

<sup>1</sup> (1) Stefan Moderau: Taxing away the takeout trash? Evidence from a local packaging tax in Germany. [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=4457416](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4457416)

## 5. Ökologischer Vorteil von Mehrweg nicht belegbar

Verschiedene Studien untersuchen einzelne Verpackungen oder Verpackungsgruppen, die von der Tübinger kommunalen Verpackungssteuer erfasst sind, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, z. B. IFEU<sup>2</sup>, das Joint Research Committee (JRC) der EU-Kommission<sup>3</sup>, Kearney<sup>4</sup>, McKinsey<sup>5</sup>, Ramboll<sup>6</sup> und das Umweltbundesamt<sup>7</sup>.

Eine Studie, die sämtliche von der Verpackungssteuersatzung der Stadt Tübingen erfasste Verpackungen mit Mehrwegalternativen vergleicht, gibt es nicht. Von daher sind auch solche Aussagen **irreführend**, die der Verpackungssteuer eine positive Umwelt- und Klimabilanz zuschreiben, teilweise sogar mit der Nennung konkreter Zahlen.

Um die Komplexität der ökologischen Realität auf ein bearbeitbares Maß zu reduzieren, müssen Ökobilanzen Annahmen und Vereinfachungen treffen. Sie sind entwickelt worden, um faktenbasiert im wissenschaftlichen Dialog ökologisches Optimierungspotenzial zu identifizieren. Hingegen werden Ökobilanzen leider immer häufiger einseitig interpretiert, verzerrt, umgedeutet oder ungerechtfertigt diskreditiert, wenn sie die Deutungshoheit der eigenen Ideologie nicht entsprechen. Dies erschwert den faktenbasierten, wissenschaftlichen Dialog, für den wir einstehen.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren: **Mehrwegverpackungen sind nicht pauschal ökologisch besser zu bewerten als Einwegverpackungen.** Die Herstellung von Mehrwegverpackungen verbraucht deutlich mehr Ressourcen als die von Einwegverpackungen. Darüber hinaus sind der hohe Energieverbrauch beim Spülen und Trocknen, geringe Umlaufzahlen und unsachgemäße Entsorgung von Mehrwegbehältnissen ausschlaggebend für hohe Umweltwirkungen.

Einwegverpackungen hingegen tragen die höchsten Umweltlasten vor allem bei der Produktion der Grundstoffe, wie etwa der Papierproduktion. Da der Energieverbrauch in Papierfabriken zunehmend aus regenerativen Quellen gedeckt wird, sinkt hierbei der CO<sub>2</sub> Ausstoß kontinuierlich. In Skandinavien, der wichtigsten Bezugsquelle von Papierrohstoffen der europäischen Produzenten von Serviceverpackungen, wird ab 2030 die erste klimaneutral produzierende Papierfabrik ans Netz gehen. Dies wird die Ökobilanz von Papierverpackungen nochmals drastisch verbessern. Es steht außer Frage, dass Mehrwegverpackungen unter den entsprechenden Rahmenbedingungen und in ausgewählten Anwendungsbereichen auch ökologisch sinnvoll sein können. Eine pauschale Vorteilhaftigkeit besteht aber nicht.

Darüber hinaus entsteht durch die kommunale Verpackungssteuer kein Anreiz, das ökologische Profil von Einwegverpackungen weiter zu verbessern. Unabhängig von den realen Umweltwirkungen werden alle Einwegverpackungen belastet – unabhängig davon, ob sie in geschlossenen Materialkreisläufen geführt oder nach dem Verbrauch achtlos in der Natur entsorgt werden. Mehrwegverpackungen würden dagegen – völlig unabhängig von deren tatsächlicher

---

<sup>2</sup> IFEU: Ökobilanzielle Betrachtung von Getränkeverbundkartons in Deutschland.

[https://www.getraenkekarton.de/wp-content/uploads/2021/08/ifeu\\_2020\\_oekobilanz\\_fkn\\_final.pdf](https://www.getraenkekarton.de/wp-content/uploads/2021/08/ifeu_2020_oekobilanz_fkn_final.pdf)

<sup>3</sup> JRC; Sinkko, T., Amadei, A., Venturelli, S. and Ardente, F., Exploring the environmental performance of alternative food packaging products in the European Union, Publications Office of the European Union: <https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC136771>

<sup>4</sup> Kearney: No silver bullet: Why the right mix of solutions will achieve circularity in Europe's informal eating out (IEO) sector. <https://nosilverbullet.eu/wp-content/uploads/2023/02/No-silver-bullet-why-a-mix-of-solutions-is-required-to-achieve-circularity-in-Europe.pdf>

<sup>5</sup> McKinsey: The potential impact of reusable packaging, <https://www.mckinsey.com/industries/paper-forest-products-and-packaging/our-insights/the-potential-impact-of-reusable-packaging>

<sup>6</sup> Ramboll: Comparative life cycle assessment (lca) single-use and multiple-use tableware systems for take-away services in quick service restaurants. <https://eppa-eu.org/lca-studies-new/>

<sup>7</sup> Umweltbundesamt: Untersuchung der ökologischen Bedeutung von Einweggetränkebechern im Außer-Haus-Verzehr und mögliche Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/oekologische-bedeutung-einweggetraenkebecher>

ökologischer Bewertung – pauschal bessergestellt. Damit entsteht auch kein Anreiz, das Umweltprofil von Mehrwegverpackungen zu verbessern und die Systeme im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes effizient weiterzuentwickeln. Das ist angesichts ambitionierter Ziele zur Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft kontraproduktiv. Gerade der Wettbewerb zwischen Einweg- und Mehrwegsystemen schafft einen Anreiz zur ökologischen Verbesserung aller Verpackungen.

## 6. Für Einwegverpackungen für den Außer-Haus Bereich müssen keine Wälder sterben

In der oft sehr emotionalen Debatte um Papierverpackungen wird häufig der Eindruck erweckt, für die Produktion würden ganze Wälder gerodet. Wahr ist: Das Bechermaterial aus europäischer Herstellung besteht heute ganz überwiegend aus PEFC- und FSC-zertifiziertem Papier. FSC ist ein Zertifizierungssystem für nachhaltige, ökologisch verantwortungsvolle Waldwirtschaft, die Artenvielfalt und Biodiversität sichert. Der FSC geht auf eine Initiative von Menschenrechtsorganisationen, Umwelt-NGOs wie WWF und Greenpeace sowie von einer Gruppe von Händlern und Industriebetrieben zurück. FSC-zertifiziert werden Wälder, die nach strengen ökologischen und sozialen Prinzipien bewirtschaftet werden.

Das Holz für europäische Serviceverpackungen stammt überwiegend aus zertifizierter nachhaltiger Forstwirtschaft nordischer Wälder in Skandinavien. Diese Wälder bilden ein weltweit herausragendes Öko- und Wirtschaftssystem. In den letzten 40 Jahren wuchsen die Bestände um mehr als 40%. Heute werden für jeden gefällten Baum mindestens vier neue Bäume gepflanzt. Dabei werden hauptsächlich Bruch-, Durchforstungsholz sowie Nebenprodukte aus Sägewerken genutzt, etwa kleinere Äste. Bei der Durchforstung nehmen Forstwirte schwächere Bäume oder Windbruch aus dem Wald heraus. Das gibt den übrigen Bäumen bessere Wachstumschancen. Die dickeren Stämme ausgewachsener Bäume, das so genannte Stammholz, ist übrigens viel zu wertvoll für die Papierherstellung. Stammholz wird für den Hausbau oder die Möbelherstellung verwendet. Durch diese verantwortungsvolle Bewirtschaftung ist das jährliche Wachstum der nordischen Wälder höher als der Verbrauch an Holz. Faserbasierte Serviceverpackungen sind ein wichtiger Teil dieser nachhaltigen Wertschöpfungskette. Die gesamte europäische Papierindustrie engagiert sich konsequent im Kampf gegen illegalen Holzeinschlag und hält sich streng an die Vorgaben der Europäischen Holzhandelsverordnung, die die Einfuhr von Holz oder Zellstoff aus illegalem Einschlag verbietet.

## 7. Beträchtliche Hygienische Herausforderungen

Bereits in kleinsten Kratzern von Mehrwegverpackungen können sich Bakterien ansiedeln. Werden die Verpackungen mit auch nur geringer Restfeuchte gestapelt, vermehren sich die Bakterien sprunghaft. Ein Grund im Übrigen dafür, warum das Mehrweggeschirr trocken sein muss, bevor es nach dem Spülen weggeräumt wird<sup>8</sup>. Deshalb ist auch der Energiebedarf beim Trocknen besonders hoch. Die Rücknahme von gebrauchtem Mehrweggeschirr mit unbekanntem Hygienestatus birgt ein Risiko für Verkeimungen und damit für die Gesundheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern und bedarf besonderer Vorkehrungen. In sensiblen Küchenbereichen hat gebrauchtes Mehrweggeschirr nichts verloren, ebenso wenig in der Nähe verderblicher Lebensmittel<sup>9</sup> oder in Schränken, in denen Reinigungsutensilien für den Küchenbereich verwahrt werden. Kleinen Betriebsstätten fehlt aber

---

<sup>8</sup> Lebensmittelverband Deutschland: Merkblatt „Pool-Geschirr“ - Hygiene beim Umgang mit Mehrweggeschirren innerhalb von Pfand-Poolssystemen

<https://www.lebensmittelverband.de/de/medien/publikation/merkblatt-pool-geschirr> Das Merkblatt ist von allen Bundesländern und damit bundesweit von den Überwachungsbehörden anerkannt.

<sup>9</sup> „Es dürfen keine kundeneigenen Becher in betriebliche Bereiche gelangen, in denen offen mit leicht verderblichen Lebensmitteln umgegangen wird.“ Lebensmittelverband Deutschland: Merkblatt „Coffe-to-go Becher“, Seite 3. Das Merkblatt ist von allen Bundesländern und damit bundesweit von den Überwachungsbehörden anerkannt.

häufig der Platz für die Lagerung von Mehrweggeschirr und die Einrichtung geeigneter Spülsysteme für Waschen und Trocknen. Der soziale Aspekt des Gesundheitsschutzes, gerade auch für ältere oder gesundheitlich vorbelastete Menschen, darf in der Diskussion nicht bagatellisiert werden.

## **8. Preiserhöhungen führen zu Konsumverlagerungen und belasten einkommensschwächere Haushalte**

Sozial schwächer gestellte Haushalte reagieren besonders sensibel auf Preiserhöhungen. Für eine fünfköpfige Familie könnte sich der Preis für einen einzigen Restaurantbesuch durch eine kommunale Verpackungssteuer um über zehn Euro erhöhen. Das ist für viele Menschen in Deutschland finanziell nicht darstellbar. Bei der Nutzung von Mehrwegalternativen fehlen in der Haushaltskasse bis zur Rückgabe der Verpackungen und der Auszahlung des Pfandbetrages ebenfalls ein zweistelliger Betrag. Daher wäre mit einer erheblichen Vertiefung des bereits zu verzeichnenden und statisch festgestellten Besucherrückgangs in der Gastronomie rechnen.

Vor dem Hintergrund des mehr als fraglichen Nutzens der kommunalen Verpackungssteuern wären diese Kostensteigerungen weder nachvollziehbar noch in der Praxis darstellbar. Die Gastronomen könnten ihrem Anspruch, qualitativ hochwertige Lebensmittel und Getränken zu angemessenen Preisen anzubieten, sodass alle in der Gesellschaft daran teilhaben können, nicht mehr gerecht werden.

Es ist zu befürchten, dass viele Gäste nicht von den verteuerten Speisen und Getränken in Einwegverpackungen auf Mehrwegverpackungen wechseln, sondern ihren Konsum weitgehend einschränken oder verlagern. Das geht nicht nur zu Lasten gesellschaftlicher Teilhabe, sondern auch zu Lasten der lokalen Gastronomie. Eine solche Reduktion bzw. Verlagerung des Konsums ist durch die gestiegenen Preise in der Gastronomie bereits heute zu beobachten: Während die Gästezahlen hier stark rückläufig sind, steigt besonders die Menge der im Lebensmitteleinzelhandel verkauften Convenience-Produkte bei Lebensmitteln und Getränken deutlich an. Dadurch entstehen in Summe nicht weniger Verpackungsabfälle, diese fallen lediglich an anderer Stelle an.

## **9. Über uns**

Der **Bundesverband der Systemgastronomie e.V. (BdS)** ist als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband die umfassende Branchenvertretung der Systemgastronomie Deutschlands. Der BdS vereint die relevanten Player der Systemgastronomie, zu denen unter anderem die Marken Autogrill, Burger King, KFC, McDonald's, NORDSEE, Pizza Hut, Starbucks, L'Osteria aber auch neuere Konzepte wie beispielsweise PURiNO, The ASH oder ABACCO's zählen. Die BdS-Mitgliedsmarken beschäftigen rund 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie über 2.000 Menschen in Ausbildung in nahezu 3.000 Standorten. Darüber hinaus bilden die Mitglieder rund 2.500 junge Menschen aus und haben in den vergangenen Jahren circa 4.000 bis 4.500 Menschen mit Fluchthintergrund durch Arbeit und Beschäftigung integriert. Mitarbeiter aus über 120 Nationen arbeiten Tag für Tag im Team zusammen. Der BdS bekennt sich zur 100-prozentigen Tarifbindung seiner Mitgliedsrestaurants und versteht sich als Wertegemeinschaft. Die Werte sind in der Charta der Systemgastronomie verankert.

Umwelt- und Klimaschutz haben für die Unternehmen der Systemgastronomie eine herausragende Bedeutung. Nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften gehört für die Betriebe der Systemgastronomie zum Alltag. Dazu zählen insbesondere auch Maßnahmen zur Vermeidung und Reduzierung von Verpackungsabfällen im öffentlichen Raum. Die Unternehmen der Systemgastronomie bekennen sich zu ihrer Verantwortung und setzen sich bereits seit vielen Jahren intensiv und erfolgreich mit Ideen und Lösungen auseinander, wie Verpackungsmaterial effektiver eingesetzt oder Verpackungsmüll vermieden werden kann. So werden etwa Verpackungen fortlaufend daraufhin überprüft, wie Material eingespart oder sie umweltschonender hergestellt werden können, z. B. durch nachwachsende Rohstoffe und stetig verbesserte Recyclingmöglichkeiten. Der BdS bekennt sich zum sog. Anti-Littering und hat im Jahr 2014 gemeinsam mit kommunalen Spitzenverbänden die „Charta für eine saubere Nachbarschaft“

unterzeichnet. Darüber hinaus tragen die Unternehmen der Systemgastronomie zur Vermeidung von Müll im öffentlichen Raum bei, indem sie Aktionen, wie z. B. regelmäßige gemeinsame Müllsammelrundgänge, durchführen.

Die **PRO-S-PACK Arbeitsgemeinschaft für Serviceverpackungen** ist die Branchenvertretung der Food-Service Verpackungsbranche in Deutschland.

Mitglieder der PRO-S-PACK sind:

- Vertreiber von Serviceverpackungen aus den Hauptbereichen Systemgastronomie, Imbiss, Automatenverpflegung, Außer-Haus-Verpflegung und Gemeinschaftsverpflegung;
- Hersteller von Serviceverpackungen aus Papier, Pappe, Karton, Kunststoffen, biologisch abbaubaren Werkstoffen und Metallen;
- Produzenten von Rohstoffen für Serviceverpackungen.

Die Mitgliedsunternehmen beschäftigen in Deutschland mehr als 75.000 Mitarbeiter in über 3.000 Betrieben und erwirtschaften einen Umsatz von 13 Milliarden Euro.

Die PRO-S-PACK führt den Dialog über das Themenfeld Serviceverpackung und Umwelt mit der Politik, Behörden, Bund, Ländern und Kommunen, Verbänden sowie der interessierten Öffentlichkeit. Unser Ziel ist es, ökologische, ökonomische und soziale Aspekte zu einem Zieldreieck der Nachhaltigkeit zusammenzuführen, wie dies 180 Staaten 1992 in Rio de Janeiro auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) beschlossen. PRO-S-PACK leistet in diesem Sinne einen Beitrag, Serviceverpackungen mit "Sinn und Verstand" zu nutzen.